Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7528**

16. Wahlperiode 12. 12. 2007

Antrag

der Abgeordneten Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Liberalisierung des Briefmarktes stoppen – Sozial- und Lohndumping verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verhältnisse im Briefmarkt sind nach der im Jahr 1998 eingeleiteten Liberalisierung des deutschen Briefmarktes zunehmend von prekärer Beschäftigung, von Niedrig- und Armutslöhnen geprägt. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der neuen Briefdienstleister können trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihren Erwerbseinkommen leben. Sie sind zur Sicherung ihrer Existenz auf ergänzende staatliche Transferzahlungen angewiesen.

Aus diesem Grund hatte die Koalition in ihrer Klausur in Meseberg festgelegt, dass mit der vollständigen Öffnung des Briefmarktes allgemeinverbindliche Lohnuntergrenzen für die Beschäftigten in der Briefbeförderung festgelegt werden. Die Gewerkschaft ver.di hatte mit dem Arbeitgeberverband Postdienste dazu einen Mindestlohntarifvertrag vereinbart.

Dieser Tarifvertrag wird nun, entgegen der Vereinbarung der Koalition, vor Öffnung des Briefmarktes nicht allgemeinverbindlich. Darum darf aber nicht an der Liberalisierung zum 1. Januar 2008 festgehalten werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die vollständige Liberalisierung des Briefmarktes unbefristet auszusetzen, bis ein Branchenmindestlohn aufgrund der Einbindung der Briefdienstleistungen in die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Mindestlöhnen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder durch einen gesetzlichen Mindestlohn festgelegt wurde.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Mit einem Volumen von rund 10 Mrd. Euro ist der deutsche Briefmarkt für in- und ausländische Postunternehmen von großer Attraktivität. Rund 750 Konkur-

rentinnen und Konkurrenten der Deutsche Post AG tummeln sich heute schon im Briefgeschäft und können im bereits liberalisierten Segment des Marktes mittlerweile über 20 Prozent der Marktanteile auf sich vereinen. Obwohl der Großteil der von der Bundesnetzagentur lizenzierten Anbieterinnen und Anbieter („Lizenznehmer“) Kleinbetriebe mit einem Jahresumsatz von weniger als 500 000 Euro sind, machen das große Geschäft vor allem TNT Post und die PIN Group AG. Jeweils mit finanzstarken Konzernen im Hintergrund konnten TNT und PIN in den vergangenen Monaten massiv expandieren und sich viele kleinere Briefdienstleisterinnen und Briefdienstleister einverleiben. Wer nicht übernommen wurde, verdingt sich als billige Zustellpartnerin/billiger Zustellpartner der beiden Großen.

Die Lizenznehmer zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass ihre Entgelte deutlich unter dem Einstiegsgehalt für Zustellkräfte bei der Deutschen Post liegen: In Westdeutschland beträgt der Abstand durchschnittlich 40,9 Prozent, in Ostdeutschland rund 50 Prozent. Die Einkommensgrößen rangieren dabei jeweils weit unter der sogenannten Niedriglohnschwelle, die üblicherweise bei zwei Dritteln des durchschnittlichen Medianlohnes in einer Region liegen. Diese von den neuen Briefdienstleisterinnen/Briefdienstleistern im Durchschnitt bezahlten Löhne sind zudem als nicht Existenz sichernd einzustufen. Sie fallen für Westdeutschland um 11 Prozent, für Ostdeutschland um 17 Prozent geringer aus als ein Arbeitseinkommen, mit dem sich der Mindestbedarf nach den Bestimmungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) decken lässt.

Es wird deutlich, dass die Verhältnisse im Briefmarkt knapp zehn Jahre nach Beginn der Liberalisierung zunehmend von prekärer Beschäftigung, von Niedrig- und Armutslöhnen geprägt sind. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der neuen Briefdienstleister können trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihren Erwerbseinkommen leben und sind zur Sicherung ihrer Existenz auf ergänzende staatliche Transferzahlungen angewiesen.

Wird der Markt zum 1. Januar 2008 weiter und endgültig geöffnet, ohne dass flankierend Branchenmindestlöhne eingeführt werden, würde sich das Geschäftsmodell eines öffentlich subventionierten Lohn- und Sozialdumpings zu Lasten aller Beschäftigten des Sektors und auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme ungebremst und auf höherer Stufe fortsetzen. Deswegen ist es nötig, die Liberalisierung bis auf weiteres auszusetzen, bis über die Aufnahme der vereinbarten Mindestlöhne in das Entsendegesetz und eine Verordnung, die den Tarifvertrag von ver.di und dem Arbeitgeberverband Postdienste unverändert für allgemeinverbindlich erklärt, positiv entschieden ist.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333